

In Petersburg wurde eine großangelegte monarchistische Organisation, „Das heilige Russland“, entdeckt, deren Sprachrohr die unlängst eingestellte Zeitung Groza war, die hauptsächlich unter den Truppen an der rumänischen Front verteilt wurde. Die Groza schrieb offen, nur ein Zar könne Russland Brot und Frieden geben. Die Engländer und Franzosen seien Feinde Russlands. Man müsse sofort Frieden schließen. Die Hauptführer der Organisation waren Badmajew, der Arzt Protopopow, Glinka Fantschewski, der frühere Redakteur der konservativen Semtschischina, und dessen Mitarbeiter Blotnikow, die alle verhaftet wurden.

Eine aristokratische Gegenverschwörung.

Die Russische Preskorespondenz meldet: Den Kiewer Blättern zufolge fand in Kiew ein Kongress der aristokratischen Gegenrevolutionäre statt. Eine Gruppe von Gardeoffizieren strebe die Einführung der militärischen Diktatur, die Auflösung der Sowjets und der ukrainischen Rada sowie die Wiederherstellung der Monarchie an. Die Untersuchungsorgane der Kiewer revolutionären Parteien stellten fest, daß in einem der feinsten Hotels Kienss drei- und dreißig Gardeoffiziere wohnen, meistens Träger gräflicher oder fürstlicher Titel, die vor einiger Zeit die Front verließen und in Kiew geheime Sitzungen veranstalteten, angeblich um den Plan der Proklamierung Michael Romanows zum Kaiser zu besprechen.

In einer Privatitzung der Dumamitglieder bekannten sich Maslennikow und Kurischewitsch offen als überzeugte Monarchisten.

Großfürst Nikolans geflüchtet.

Teilnahme an der Gegenverschwörung.

11. September.

Wie Politiken aus Selsingfors meldet, erhält sich in Petersburg hartnäckig das Gerücht, daß Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von seinem Gut im Kaukasus geflüchtet sei, da er fürchtete, verhaftet zu werden. Man glaubt, daß er an der gegenrevolutionären Verschwörung beteiligt sei.

Ein Tagesbefehl Razwozows.

Die baltische Flotte für die Regierung.

11. September.

(Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Anlässlich der Abberufung des Generalissimus Kornilow hat der Kommandant der baltischen Flotte, Admiral Razwozow, in einem Tagesbefehl vom 10. d. die Flotte aufgefordert, gegen den Feind wachsam zu sein, Unzulänglichkeiten zu vermeiden und sich den Anordnungen der provisorischen Regierung zu fügen.

Anrufe des Sowiet und Kerenskis.

Gegen Kornilow.

11. September.

(Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Das Zentralkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates und das Bauernkomitee richteten einen Aufruf an die Armee und die Eisenbahn- und Telegraphenbediensteten, die aufgefördert werden, die Befehle Kornilows nicht auszuführen, sondern bloß jene der Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrates.

Kerenski hat einen Appell im selben Sinne an die Eisenbahner erlassen.

Das 4. Kosakenregiment der Garnison von Petersburg hat der Regierung seine Treue zum Ausdruck gebracht, desgleichen die Vereinigung der Kriegsinvaliden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Frontstadt erklärte sich auf die Seite der Regierung zu stellen.

Die Regierung hat den Posten eines Kommandanten des Militärgebietes von Petersburg aufgehoben. General Wassilkowski, der diesen Posten innehatte, wurde zur Disposition der Regierung gestellt. Sein Gehilfe, Hauptmann Rozmin, wurde zum Platzkommandanten ernannt.

Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas stellten dem Minister des Außern Besuche ab.

Gurkos Verbannung.

Gurko geht nach England.

11. September. (Priv.-Tel.)

Progrès meldet, die Verbannung des Generals Gurko wurde am 10. d. vormittags ausgeführt. Er dürfte sich nach England begeben.

Vor der Vorstellung Wekerles.

Versammlungen der Parteien.

11. September. (Priv.-Tel.)

Heute, am Vortage der Vorstellung des Kabinetts Wekerle im Parlament, veranstalteten alle Parteien Zusammenkünfte. Auch die Nationale Arbeitspartei hatte heute abends eine Konferenz, an der auch Graf Tizza teilnahm. Er erklärte, daß sich an der Haltung der Partei nichts geändert habe. So sehr auch die Partei den wirtschaftlichen Wert der Ernennung Wekerles zu würdigen wisse, so bleibe doch der leidige Wahlrechtsstandpunkt bestehen, demgegenüber sich die Haltung der Partei nicht ändern könne. Solange der Ministerpräsident nicht selbst etwas unternehme, könne die Partei Wekerle nicht in der Lösung der großen Aufgaben dieses Krieges, dessen glücklicher Beendigung, unterstützen.

Oesterreich

Wiederbelebung der Interparlamentarischen Kommission.

Wien, 11. September. Inlässlich der heutigen Ausschussberatungen im Abgeordnetenhaus wurde in parlamentarischen Kreisen darauf hingewiesen, wie erspriechlich die Wiederbelebung der Interparlamentarischen Kommission wäre, die nach Ansicht von Politikern von tieferer Parteirichtung nützliche Arbeit leisten könnte. Es wurde hervorgehoben, daß die Interparlamentarische Kommission im Jahre 1914 in Stockholm hätte zusammentreten sollen; infolge des Kriegsausbruches kam jedoch die Konferenz nicht zustande. Nichtsdestoweniger hielten den neutralen Staaten angehörige Mitglieder der Kommission während der drei Kriegsjahre mit den einzelnen Gruppen und untereinander beständig Fühlung und wollte eines derselben aus Skandinavien in Wien, wo mit maßgebenden Persönlichkeiten wegen Zustandekommens einer neuerlichen Konferenz der Interparlamentarischen Kommission Besprechungen gepflogen wurden, die ein zustimmendes Ergebnis hatten. Das betreffende Mitglied der Geschäftsleitung begab sich hierauf in die Schweiz und sodann nach Paris, um dort gleichfalls für die Einberufung einer Konferenz der Interparlamentarischen Kommission tätig zu sein. Man verspricht sich von einer solchen eine gute Wirkung für die Herbeiführung des Friedens. Sie würde auch die Idee des ungarischen Bischofs Fraknoi verwirklichen, der bekanntlich den Vorschlag auf Wahl von je drei Vertretern der Parlamente machte, welche in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten unter Vorsitz des Papstes oder eines Stellvertreters des heiligen Vaters zu Beratungen zusammentreten sollten, um Mittel und Wege zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zu finden.

Die Südslawen gegen das Kabinett Seidler.

Wien, 11. September. In einer Unterredung des vor kurzem in Sarajevo weilenden Obmannes des Südslawischen Klubs Abg. Dr. Koroschec mit dem Redakteur des dortigen kroatischen Organs Groatzki Dnevnik über das neue Kabinett Seidler äußerte sich Dr. Koroschec: Wir Slawen können nicht anders vorgehen, als mit der strengsten Opposition. Selbst wenn Seidler in sein Kabinett lauter Slawen berufen hätte, könnten wir das verlaubliche Programm nicht unterzeichnen. Die nationale Autonomie — das ist zu wenig. Unser Programm ist unsere Deklaration vom 30. Mai. Es ist nicht schwer zu erraten, welchen Standpunkt der Südslawische Klub einnehmen muß.

Abgeordnetenhaus.

Kommission für Kriegswirtschaft.

11. September.

Nachdem, wie bereits gemeldet, Obmann Seiz und Ministerpräsident Dr. v. Seidler die Verhandlungen der Kommission, die bekanntlich die Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen und Zentralen zu überprüfen hat, eingeleitet hatten, wurde in die Debatte eingegangen.

Generalkommissär Riedl über die Kriegswirtschaft.

Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Sektionschef Riedl schildert zunächst die Entstehung der dem Handelsministerium unterstehenden industriellen Zentralen unter dem Einfluß der feindlichen Sperrmaßnahmen.

Die Technik der Reglementierung.

Uebergehend auf die Technik der Reglementierung auf dem Gebiet einzelner Industrien verweist Redner darauf, daß man von Anfang an vielleicht nicht genug radikal vorgegangen sei. Die radikalste Lösung ist die Verbindeung eines Einfuhrmonopols mit der Beschlagnahme und einheitlichen Bewirtschaftung des ganzen Aufbringens an inländischem Rohstoff in der Hand einer Organisation, die die ganze Bewirtschaftung des Imports und der Rohstoffprodukte übernimmt. Ihre Aufgabe ist es, die Rohstoffmenge auf die einzelnen Industrien zu verteilen, einheitliche Warentypen festzustellen, Vorschriften für die Erzeugung zu erlassen, die Preise zu bestimmen und dafür zu sorgen, daß von dem Eintritt des Rohstoffes in die Fabrik bis zum Verlassen des Fertigungsproduktes die Bewirtschaftung einheitlich und planmäßig nach den bestehenden Vorschriften vor sich gehe.

System der Verarbeitungsbewilligung.

Je größer die Notwendigkeit des Sparens ist, desto notwendiger ist auch eine solche radikale Lösung. Sie wurde daher bei der Öl- und Fettindustrie gewählt, wo vor der harten Aufgabe standen, mit einem Fünftel des normalen Rohstoffverbrauches durchzukommen. Den Gegensatz zu diesem System bildet das System der Verarbeitungsbewilligung, das heißt, die Verarbeitung des Rohstoffes oder Halbfabrikats wurde an spezielle Bewilligungen geknüpft, wodurch ein vollständiger Ueberblick über die Erzeugung und eine erschöpfende Regelung derselben herbeigeführt wurde. Nebenher ging das Verbot der Erzeugung von Luxusware.

„Zusuchtsstätten von Frontflüchtigen.“

Redner erörtert sodann ausführlich die Maßnahmen, die zur Gewinnung der Ersatzstoffe durchgeführt wurden, und fahet sodann fort: Begreiflichermaßen stellen die kriegswirtschaftlichen Organisationen angesichts ihrer vielfältigen Aufgaben einen bedeutenden Verwaltungskörper dar. Aus diesem Titel sind mancherlei Angriffe gegen die Organisationen gerichtet worden, als ob sie eine Stelle wären, die die „Zusuchtsstätte von Frontflüchtigen“ bilde, und als ob sie einen übermäßigen Aufwand an Personal trieben. Im ganzen haben die dem Handelsministerium unterstehenden Zentralen und Kriegsverbände 1778 Hilfskräfte, davon 550 männliche und 1228 weibliche. Von den männlichen Angestellten sind insgesamt 112 entlassen, davon 89 über 42 Jahre, 28 zwischen 37 und 42 Jahre und 45 unter 42 Jahre alt. Da kann wohl von einer übermäßigen Menge der Entlassenen nicht die Rede sein.